

LETTLAND

Baltische Bambule



Am Rande des Rigaer Großmarktes verkaufen viele ihre letzten Habseligkeiten.

(Foto: Richard Graf)

Die sozialen Widersprüche in Lettland spitzen sich zu. Das durchschnittliche Bruttogehalt der BewohnerInnen des Balten-Staates beträgt 320 Euro. Jetzt formiert sich Widerstand gegen die miserablen Lebensbedingungen.

TouristInnen erfreuen sich an Riga mit seiner Altstadt, in der die sowjetischen Funktionsbauten weitgehend beseitigt wurden. Die BesucherInnen wandeln zwischen restaurierten Fassaden, genießen Getränke und gutes Essen in den zahlreichen Cafés und Restaurants. Sie können in den neuen Einkaufspassagen shoppen wie in einer westlichen Metropole: Hinter Glas- und Marmorfassaden ist vom Gourmet-Gewürz bis zur Designermode alles erhältlich. Die oft noch holprigen Straßen können die wachsende Zahl westlicher und fernöstlicher Kleinwagen, Limousinen und Geländefahrzeuge kaum fassen.

Doch für die Bevölkerung sieht der Alltag weniger rosig aus. Unter dem Motto "Wir gegen Armut" rief der Bund der Lettischen Freien Gewerkschaften (LBAS) am 1. Oktober zu einer Demonstration in Riga auf. Etwa 6.000 Menschen nahmen daran teil. "Es reicht!" lautete der kämpferische Tenor des Aufrufs: "Der bescheidene Lebensstandard der Bevölkerung sinkt dramatisch. Im Vergleich zu den übrigen EU-Staaten ist unsere soziale und wirtschaftliche Lage düster: die höchste Inflation, die geringsten Gehälter und Renten und das am schnellsten aussterbende Land." Die Menschen in Lettland müssen mit dem niedrigsten Durchschnittseinkommen innerhalb der gesamten EU leben. Ihr monatliches Bruttogehalt betrug im vergangenen Jahr durchschnittlich etwa 320 Euro.

Peteris Krigers, LBAS-Vorsitzender, kritisierte auf der Tribüne am zentral gelegenen Domplatz: "Die Menschen haben nichts zu essen. Doch die Regierung speist sie mit riesigen Wachstumsraten und bedeutenden Steigerungen des Durchschnittseinkommens und mit Erzählungen darüber ab, dass sich der Reichtum in einigen Jahren zeigen wird." Diese Demonstration sei erst der Anfang, und der Kampf werde lang und hart. Dann verspottete er unter dem Beifall der DemonstrationsteilnehmerInnen die Privatisierungswut der Regierung: "Ich würde mich nicht wundern, an einem Tag aufzuwachen, an dem uns eine rechtmäßige Agentur für die eingeatmete Luft bezahlen lässt."

Vor allem für Rentnerinnen und Rentner sieht die Situation sehr schlecht aus. An Straßenecken und in Unterführungen strecken greise Bettlerinnen den Touristen ihre Pappbecher entgegen, um ein wenig Kleingeld zu erhalten. Am Rande des Rigaer Großmarktes verkaufen die Alten ihre spärliche Habe. Senioren bewachen rund um die Uhr Parkplätze, putzen die fast durchgehend geöffneten Supermärkte oder kassieren in den städtischen Bussen. Die Rente gewährt hierzulande häufig nicht einmal das Existenzminimum. "Fünfzehn Jahre nach der Unabhängigkeit haben wir in vielen Bereichen Erfolge erzielt, doch unsere soziale Lage ist schlecht", sagte eine Rentnerin während der Demonstration. Ein etwa 40-Jähriger füg-

te hinzu: "Die Regierung verspricht viel und hält nichts."

Hinter der glänzenden Kulisse kann Lettland die Armut nicht verbergen. Viele der jüngeren ArbeitnehmerInnen wandern aus. Im ersten Halbjahr 2005 verließen bereits 1.398 der 2,4 Millionen EinwohnerInnen das Land. Mittlerweile fehlen in einigen Branchen schon Arbeitskräfte. Als Staatspräsidentin Vaira Vike-Freiberga angesichts der schwachen Geburtenrate die Bevölkerung aufrief, "Kinder in die Welt zu lassen", spotteten die Letten: "Auf nach Irland", lautete ihre Antwort. Denn lettische ArbeitnehmerInnen verdienen in Westeuropa ein Vielfaches von dem, was sie in Lettland bekommen würden. Ansis Dobelis, Vorsitzender der sozialdemokratischen Jugendorganisation JSS, weist darauf hin, dass die Unternehmen beabsichtigen, noch billigere ArbeiterInnen aus Asien zu "importieren".

Diejenigen, die im Land bleiben, beginnen, sich gegen die sozialen Missstände zu wehren. Ob Anästhesisten, Sanitäter oder Waldhüter, die staatlichen Angestellten können ihre Familien kaum versorgen. Auch die Lehrerinnen und Lehrer gehören zu den Geringverdienern. Im September protestierten sie bei Ministerpräsident Aigars Kalvitis, da die Regierung zugesagte Lohnerhöhungen immer weiter verzögert. Sogar die Polizisten streikten. Auch Gehaltszuschläge gleichen die hohe Inflation nicht aus, und die Kaufkraft sinkt.

Gewerkschafter machen auch das Steuersystem für die Armut verantwortlich, da Arbeiter gegenüber Unternehmer benachteiligt werden. Das, was manchem Deutschen als "Vision" erscheint, ist in Lettland seit Mitte der neunziger Jahre Realität: Der Einkommenssteuersatz beträgt für alle ArbeitnehmerInnen progressionslose 25 Prozent.

Janis Grasis, Dozent an der Rigenser Bankenhochschule, unterstützt die Forderungen der Gewerkschaften nach einem gerechteren Steuersystem. Das jetzige System behindere den Aufbau des Sozialstaats. In der ganzen zivilisierten Welt akzeptierten Sozialdemokraten und Liberale den Grundsatz, gemäß der Finanzkraft der BürgerInnen Steuern zu erheben. Grasis fordert eine Steuerprogression von 15 bis 35 Prozent und eine Steuerbefreiung für Einkommen, die unter dem Existenzminimum liegen.

Nach einer Statistik der Staatlichen Sozialversicherungsagentur beträgt das Einkommen von 440.169 ArbeitnehmerInnen, das ist fast die Hälfte aller GehaltsempfängerInnen, weniger als 150 Euro monatlich. Dieser Betrag liegt sogar noch drei Euro unter dem, was die staatlichen Statistiker für Juli 2005 als so genanntes Existenzminimum berechneten. Doch selbst solche Summen besteuert der lettische Staat mit 25 Prozent. Nur Mini-Gehälter bis 40 Euro bleiben verschont. Grasis kritisiert, dass Lettland damit gegen die Menschenrechte verstoße und internationale Vereinbarungen verletze.

Bei Kapitalerträgen begnügt sich der lettische Gesetzgeber dagegen mit einer

Steuer in Höhe von fünfzehn Prozent und gewährt großzügig Befreiungsmöglichkeiten. Auch das politische Establishment profitiert davon. Grasis erläutert dies anhand von Daten der Steuerbehörde VID, die die Einkommen führender PolitikerInnen auflistet. Allen voran nennt er Verkehrsminister Ainars Slesers, der 2004 nur das Gehalt versteuerte, das er als Minister und Abgeordneter erhielt. Seine Zinserträge und die Gewinne aus Aktienverkäufen blieben hingegen steuerfrei. Grasis bemängelt zudem die einheitliche Warenbesteuerung: Der Mehrwertsteuersatz von 18 Prozent gilt auch für Lebensmittel. Gerade GeringverdienerInnen leiden unter dem stetigen Preisanstieg. Die GewerkschafterInnen fordern eine Steuer in Höhe von fünf Prozent für Lebensmittel.

Noch ist der Erfolg ungewiss. Der LBAS-Vorsitzende Krigeris hatte mit der doppelten Zahl von TeilnehmerInnen an der Demonstration gerechnet. Doch Diskussionen in den lettischen Medien zeigen, dass die Bevölkerung, die sich jahrelang und erfolgreich gegen die sowjetische Vorherrschaft wehrte, nun beginnt, Verteilungskämpfe innerhalb der eigenen Gesellschaft auszutragen.

Udo Bongartz

W O X X

déi aner wochenzeitung
sucht unbefristet

eine Journalistin oder einen Journalisten

Aufgabengebiete:

- journalistische Beiträge in deutscher und französischer Sprache für die Politik-Redaktion;
- Koordination der aktuellen Ausgabe im Wechsel mit den anderen RedaktionskollegInnen.

Wir wünschen uns einen/eine Mitarbeiter/in mit:

- Erfahrungen im journalistischen Bereich
- guten Sprachkenntnissen in Deutsch und Französisch und Schreibkompetenz in einer dieser Sprachen;
- Kenntnis des Luxemburgischen bzw. Bereitschaft, es sich als Umgangssprache anzueignen;
- Motivation, unser selbstverwaltetes Projekt aktiv und auf Dauer mitzugestalten;
- Teamgeist und der Fähigkeit, selbstständig zu arbeiten.

Bewerbungen inklusive aussagekräftige Arbeitsproben bis zum **17. Oktober 2005** an:

woxx,
B.P. 684
L-2016 Luxembourg
oder candidate@woxx.lu
Zusätzliche Informationen: www.woxx.lu

Udo Bongartz ist freier Autor und hat sich für die woxx in Riga umgesehen.